

Bildungspolitik

Geld für Geist

Vermehrt versuchen Hochschulen, Forschungsergebnisse auf dem Markt zu verkaufen. Und Wirtschaftsunternehmen sponsern Lehrstühle auf ihrem Themengebiet. Diese neue Orientierung der Hochschulen birgt Chancen und Gefahren: Inwieweit gibt es Interessenkonflikte? Wo sind die Grenzen der Beteiligung von Auftraggebern? Wie wird die Unabhängigkeit der Forschung gesichert? Sind Sponsorverträge offenzulegen? Die Folgen der neuen Finanzierungsmodelle sind noch wenig untersucht, die Debatten beginnen erst. *Von Marcel Hänggi*

Es war der Mister Genterapie der Schweiz. Sandro Rusconi leitete von 1995 bis ins Jahr 2001 das Nationale Forschungsprogramm «Somatische Genterapie». Heute arbeitet der ehemalige Professor der Uni Freiburg beim Kanton Tessin. Mitentscheidend für seinen Abschied aus der Forschung sei gewesen, dass in den Wissenschaften der «Gemeinsinn verloren gegangen» sei.

Als Rusconi forschte, erlebte sein Forschungsgebiet einen «Hype», wie er sagt. Zahlreiche Spin-off-Unternehmen wurden gegründet, wissenschaftliche Resultate wurden an Medienkonferenzen statt an Fachtagungen präsentiert. Auf übertriebene Erwartungen folgten Enttäuschungen, der Ruf der Genterapie wurde «ruiniert». Hintergrund dieser Entwicklungen sei eine «Atmosphäre aggressiver Finanzspekulation bei gleichzeitiger Euphorie der Börsen im Zeichen der «New Economy» gewesen, die eine «Verherrlichung des Wettbewerbs» gebracht habe, sagt Rusconi.

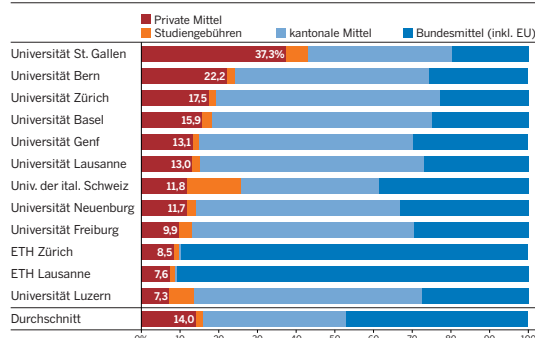
Wissenschaft und Hochschulen orientieren sich weltweit seit zwei, drei Jahrzehnten um: näher an den Markt, hin zu mehr Wettbewerb. Der Prozess ist politisch indiziert: in den USA seit 1980 durch Gesetze, die die Vermarktung von öffentlichen Geldern erzielten Forschungsergebnissen fördern. In der Schweiz unter anderem durch das Universitätsförderungsgesetz von 1999, das einen «Wechsel zu einer vermehrt leistungsorientierten Bemessung der Grundbeiträge» brachte: Es definiert Leistungsfaktoren, nach denen sich die Zuteilung von Bundesgeldern richtet. Einer ist der Erfolg im Einwerben sogenannter Drittmittel: Wer erfolgreich akquiriert, wird vom Bund noch einmal belohnt. Im Wettbewerb sollen Hochschulen und ihre Angehörigen besser werden.

Gefährdeter Ort der Reflexion?

Das wirkt sich auf die Wissenschaft aus. Doch ist das negative Bild, das Rusconi zeichnet, repräsentativ? In der Schweiz ist die Situation moderater als in vergleichbaren Ländern: Die hiesigen Universitäten bestreiten 85 Prozent ihrer Ausgaben mit öffentlichen Geldern (siehe Grafik), der Anteil der Privatmittel hat seit 1995 lediglich von 12 auf 14 Prozent zugenommen. Dieses Geld, sagen die einen, investieren die Universitäten in erstklassige Forschung und in die Ausbildung junger Wissenschaftler; die Kontakte zur Privatwirtschaft trügen dazu bei, dass wissenschaftliche Erkenntnisse schneller in marktfähige Innovationen umgesetzt würden. Andere dagegen sehen die Universität als Ort der Reflexion gefährdet. So schreibt der ETH-Lausanne-Professor Libero Zuppiroli in seiner Streitschrift «La bulle universitaire», das Denken werde an der ETH Lausanne, und nicht nur da, heute «als ein dekadenter und nutzloser Luxus betrachtet, der zwangsläufig dazu führe, dass man Zeit, Effizienz, Kompetenz, kurz: «Leadership» verliert». Wer hat recht? Schwer zu sagen. Denn bis heute hat niemand systematisch er-

Wie viel die Privaten zahlen

Finanzierung der Hochschulen nach Geldgebern



Professor Zuppiroli schreibt, das Denken werde «als dekadenter und nutzloser Luxus» betrachtet.

forscht, wie sich die Umorientierung der Hochschulen auf die Wissenschaften auswirkt. Der Wissenschaftsbetrieb experimentiert mit sich selber, ohne das Experiment wissenschaftlich zu begleiten.

Auch eine öffentliche Debatte hat bisher kaum stattgefunden. Daran änderte auch die im April 2012 bekanntgegebene Spende der UBS von 100 Millionen Franken wenig, mit welcher die Universität Zürich das UBS Center of Economics in Society mit fünf neuen

Lehrstühlen aufbaut – nachdem bisher bereits drei Lehrstühle am Institut für Banking und Finance derselben Universität von Banken gestiftet sind. Darf eine Hochschule ein solches Geschenk annehmen? Kann das UBS Center unabhängig sein? Was soll man dem Ökonomiestudenten der Zürcher Universität antworten, der sich in einem Internetforum wunderte, im Studium sei Ausbruch der Finanzkrise kein kritisches Wort über die Grossbanken gehört zu haben? Uni-intern wurde heftig debattiert; an die Öffentlichkeit gelangte kaum etwas davon.

Bei einer Recherche-Umfrage 2005 zum Thema wussten die meisten befragten Wissenschaftsfunktionäre mit dem Begriff «Interessenkonflikt» nichts anzufangen. Das hat sich mittlerweile geändert, und fast alle Universitäten haben Richtlinien zum Umgang mit potenziellen Interessenkonflikten erlassen. Allerdings sind diese uneinheitlich. So darf bei der Auswahl eines Professors mitreden, wer an einer der beiden ETH einen Lehrstuhl stiftet. An der Uni Zürich dagegen ist eine solche Mitsprache «tabu», und in Basel heisst es, ein «Sitz des Geldgebers in der Berufungskommission wäre mit der wissenschaftlichen Unabhängigkeit nicht vereinbar». Erst auf explizite Nachfrage räumt die Uni Basel allerdings ein, dass «in seltenen Fällen ein Sponsor der das ausdrücklich wünscht», ohne Stimmrecht an den Sitzungen der Berufungskommission teilnehmen darf. Alle angefragten Hochschulen geben an, schon Angebote abgelehnt zu haben, weil der Geldgeber zu weit gehen-

Lehrstuhl-Sponsoring in der Schweiz

Einige Beispiele von Verträgen mit Financiers zeigen: Unproblematisch ist die Nähe zur Wirtschaft nicht



Die neue Bibliothek der ETH Lausanne.

Das «Wyss Institut»

Ernesto Bertarelli und Hansjörg Wyss planen gemeinsam mit der ETH Lausanne und der Universität Genf, im ehemaligen Merck-Serono-Gebäude in Genf ein Forschungszentrum aufzubauen. Innerhalb dieses Zentrums will die Wyss Foundation ein «Wyss Institut» stiften. Hansjörg Wyss wurde reich durch den Verkauf des Medizinaltech-Unternehmens Synthes.

Ein US-Gericht hat Synthes für schuldig befunden, mit illegalen Versuchen drei Todesfälle bewirkt zu haben.

Nanotechnik in Freiburg

2007 stiftet der Industrielle Adolphe Merkle ein nanotechnisches Forschungsinstitut an der Uni Freiburg. Zwei Jahre später verlässt Gründungsdirektor Peter Schurtenberger das Institut unter Protest, weil die Stiftung sich ins Geschäft einmischte. Stiftungsratspräsident Alt-Bundesrat Joseph Deiss sagt gegenüber den Medien: «Es kann doch nicht sein, dass wir einfach sagen: Gut, wir bezahlen ein paar Millionen und nachher macht ihr damit, was ihr wollt.»

UBS-Deal mit Uni Zürich

Aus Anlass ihres 150-Jahr-Jubiläums beschliesst die UBS 2012, der Universität Zürich rund 100 Millionen Franken zur Verfügung zu stellen. Sie finanziert damit das UBS Center of Economics in Society, das Spitzenforschung weiterverbreiten soll, und fünf Lehrstühle sowie

Doktorandenstipendien im Fachbereich der Volkswirtschaften.

Nestlé – ETH Lausanne

2006 stiftet Nestlé mit 25 Millionen Franken zwei Lehrstühle am Brain-Mind-Institut der ETH Lausanne, die den Zusammenhang von Ernährung und Gesundheit erforschen sollen. 2011 gründet Nestlé die Tochterfirma Nestlé Health Science SA. In deren Verwaltungsrat sitzt ETH-Lausanne-Präsident Patrick Aebischer.

Swissnuclear – ETH

Der Lehrstuhl für Kernenergiesysteme an der ETH Zürich ist von Swissnuclear, der Vereinigung der Schweizer AKW-Betreiber, gestiftet. 2006 sagte der ETH-Präsident Ernst Hafen in einem Interview mit der «WOZ» auf die Frage, ob die ETH mit ihrer Atomenergieforschung einen Industriezweig bediene: «Die Elektrizitätsbranche hat einen Umsatz von 23 Milliarden Franken. Wenn davon 8 Prozent in Forschung und Entwicklung gehen, wäre ein Teil davon in der ETH sicher gut investiert.»

Syngenta – ETH

2012 wird der von Syngenta gestiftete Lehrstuhl für nachhaltige Agrar-Ökosysteme an der ETH Zürich besetzt. In der Frage, welche Landwirtschaft nachhaltig sei, findet ein Kampf statt: Die Pestizid-Industrie lobbyiert international dafür, dass eine Anbaumethode, die ohne Pflanzenschutzmittel auskommt, dafür aber mehr Pestizide einsetzt, als klimafreundlich anerkannt wird und CO₂-Zertifikate für den Emissionsmarkt generieren kann.

Fondation Neva

2011 stiftet die Fondation Neva in Genf, die den Austausch zwischen Russland und Westeuropa bezweckt, einen Lehrstuhl für bioorganische Chemie an der ETH Lausanne. Hinter der Stiftung stehen Elena und Guennadi Timtschenko. Guennadi ist Mitgründer und Mitbesitzer von Gunvor, einer der grössten Erdöl-Handelsfirmen der Welt, über deren korrupten Aufstieg kaum etwas bekannt ist. Er gilt als Vertrauter des russischen Präsidenten Putin.



je Mitspracherechte gefordert habe. Denn in einem herrscht Konsens: Die Forschung soll in ihrem Streben nach der Wahrheit nicht durch wissenschaftsfremde Interessen beeinflusst werden. Dass die Realität oft anders aussieht, belegen zahlreiche empirische Studien. So hat ein Team der Universität Bern 2007 gezeigt, dass Studien über gesundheitliche Risiken von Handy-Strahlung deutlich weniger Risiken auswiesen, wenn sie von Telekomunternehmen finanziert wurden.

Aber nicht nur Institutionen unterhalten Beziehungen zu privaten Geldgebern. Zahlreiche Forscher, an mancher Uni mehr als die Hälfte der Professoren, gehen einer Nebenaktivität nach – die Arbeitsverträge erlauben das ausdrücklich. Kann nun aber beispielsweise ein Professor, der nebenamtlich Firmen berät, die mit Gentechnik Geld verdienen, diese Technik noch neutral beurteilen?

Kein Anschein von Befangenheit

Im Einzelfall lässt sich ein Einfluss eines Geldgebers kaum je nachweisen. Ein Forscher, der gentechnisch veränderte Pflanzen untersucht, ist von der Gentechnik ja vermutlich nicht deshalb überzeugt, weil er Geld von Agrarunternehmen erhält – sondern er würde nicht diese Forschung machen, wenn er nicht von ihrem Nutzen überzeugt wäre.

Entscheidend für die Unabhängigkeit sei indes, dass schon der «Anschein der Befangenheit» vermieden werde, schrieb der Berner Staatsrechtsprofessor Markus Müller als Reaktion auf den Deal von UBS und Uni Zürich in der NZZ. Dieser Anschein bestimme sich «einzig und allein danach, ob die Öffentlichkeit eine Institution als unabhängig wahrnimmt». Wenn sich die ETH Zürich einen Lehrstuhl für nachhaltige Agrarökonomie von Syngenta und einen für Kernenergiesysteme von den AKW-Betreibern finanzieren lässt, ist das mithin proble-

Wer an einer der beiden ETH einen Lehrstuhl stiftet, darf bei der Auswahl des Professors mitreden.

Die Spielregeln

«Lehre und Forschung müssen unabhängig sein»

NZZ am Sonntag: Die Institutionen des ETH-Bereichs sollen einerseits unabhängig forschen und lehren, andererseits mit der Privatwirtschaft zusammenarbeiten. Kommt es oft vor, dass man sich für das eine oder das andere entscheiden muss?

Fritz Schiesser: Die Spielregeln sind klar: Lehre und Forschung müssen akademisch unabhängig sein. Bei Kooperationen haben die Institutionen des ETH-Bereichs das Recht und die Pflicht, die Freiheit der Forschung zu wahren und die Forschungsergebnisse frei zu veröffentlichen.

Sie sagten kürzlich gegenüber Radio SRF, das Wichtigste zur Vermeidung von Interessenkonflikten sei Transparenz. Man erfährt aber beispielsweise als Besucher der ETH-Website nicht, wer welchen Lehrstuhl finanziert, und die Verträge sind nicht öffentlich.

Transparenz bedeutet, dass die Regeln und Verfahren klar sind. Die einzelnen Verträge enthalten aber oft schützenswerte Informationen Dritter und können daher nicht ohne weiteres zugänglich gemacht werden.

matisch, selbst wenn die Verträge die akademische Freiheit garantieren.

Auch wenn die Unabhängigkeit gesichert ist: Es ändert sich der Charakter der Wissenschaft selbst; ihre Sprache, ihre Selbst- und Fremdwahrnehmung. Ein eigenes Spin-off-Unternehmen zu gründen, gehört heute in gewissen Disziplinen zum guten Ton – aber ein Unternehmer denkt und handelt anders als ein Forscher. Das Einwerben von Geld nimmt im Alltag eines Forschers einen immer grösseren Raum ein – aber wer wirbt, spricht anders, als wer eine Sache möglichst objektiv beurteilt

will. Der deutsche Soziologe Richard Münch spricht von einer «Kolonisierung von Forschung und Lehre durch die neuen Praktiken derart, dass sich ihr Sinn und Zweck verändert». Die akademische Freiheit sei bedroht.

Steht den Risiken wenigstens als Nutzen gegenüber, dass wissenschaftliche Resultate schneller in die Praxis gelangen und so die Innovationskraft des Standortlandes gesteigert wird? Das Beispiel Schweiz spricht gegen diese Annahme: Der Anteil privater Gelder an den Budgets der Universitäten ist hier vergleichsweise gering, und

doch ist die Schweiz laut dem Innovation Union Scoreboard der Europäischen Union die «innovativste» Nation Europas. In Hochschul-Ranglisten belegen Schweizer Universitäten Spitzenplätze – vor allem die beiden ETH, die zwar ein paar spektakuläre Sponsorings an Land gezogen haben, insgesamt aber unter den Universitäten ausser Luzern den geringsten Privatmittel-Anteil ausweisen.

Gewiss: In manchen Fällen ist der Nutzen einer Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft unbestritten. Niemand will sie verbieten – doch sollten die Risiken minimiert werden. Ein Weg dazu, zu dem sich in Sonntagsreden alle bekennen, heisst: Transparenz. Doch da hapert es Selbst gegenüber der öffentlichen Verwaltung geizen die Hochschulen mit Informationen. 2009 wollte die Eidgenössische Finanzkontrolle von den kantonalen Unis und den beiden ETH wissen, wie viele ihrer Angehörigen welche Nebenaktivitäten ausübten. Das Resultat war mager: Einige Unis wussten es selber nicht, andere wollten die Daten nicht bekanntgeben.

Die Verträge zwischen Hochschulen und ihren Sponsoren sind meist geheim. Ob das unter dem gesetzlich verankerten Öffentlichkeitsprinzip zulässig ist, bleibt zu prüfen. Der Autor hat drei Universitäten aufgefordert, einen solchen Vertrag zu zeigen. Die ETH Zürich tat dies, will ihre Verträge aber nicht publiziert sehen. Der Präsident der ETH Lausanne, Patrick Aebischer, sagte, es spreche nichts dagegen, einen Vertrag mit Nestlé einzusehen, doch die Rechtsabteilung ist dagegen. Die Universität Zürich schliesslich hält ihren Vertrag mit der UBS unter Verchluss. Sie fürchte, argumentiert der Rektor, künftige Sponsoren abzuschrecken, müsste sie die Verträge publizieren. Indem eine Universität sich zwingen lässt, Geheimverträge abzuschliessen, hat sie ihre Unabhängigkeit aber schon ein Stück weit aufgegeben.

Fritz Schiesser

Fritz Schiesser war Ständerat und ist Präsident des ETH-Rats, des Aufsichtsorgans der beiden ETH.



Die ETH Lausanne hat von Nestlé 25 Millionen Franken für zwei Lehrstühle erhalten. ETH-Lausanne-Präsident Patrick Aebischer sitzt im Verwaltungsrat einer Nestlé-Tochter. Entsteht daraus nicht ein Interessenkonflikt – oder geht man davon aus, dass die Interessen der Forschung und die von Nestlé immer kongruent sind?

Der ETH-Rat begrüsst es, wenn Führungspersonen der Institutionen des ETH-Bereichs sich in Wirtschaft und Gesellschaft engagieren. Dies ist eine wichtige Art des von Gesetz und Politik erwarteten Technologie- und Wissenstransfers; der ETH-Bereich profitiert seinerseits von den so gewonnenen Erfahrungen. Über seinen Eintritt in den Verwaltungsrat von

Nestlé Health Science SA hatte Patrick Aebischer den Präsidenten des ETH-Rats mündlich orientiert.

Der Lehrstuhl für Kernergietechnik an der ETH Zürich ist von Swissnuclear finanziert. Müsste man in einem heiklen Bereich nicht schon den Anschein einer Befangenheit vermeiden?

Der ETH-Bereich wird zu über neunzig Prozent aus staatlichen Mitteln finanziert. Im Gegensatz zu manchen amerikanischen Universitäten ist er daher nicht nur gesetzlich, sondern auch materiell unabhängig. In der Nukleartechnologie ist es wichtig, dass wir in der Schweiz die bestehenden Kompetenzen erhalten, um beispielsweise den politisch beschlossenen Ausstieg sowie die Lagerung von Abfällen zu begleiten. Dafür wollen wir unsere Meinung auf eigene Experten stützen. Der ETH-Bereich ist aber in allen Gebieten der Energieforschung seit vielen Jahren sehr breit engagiert. Eine unabhängige Sicht aus verschiedensten Perspektiven ist damit gewährleistet.

Interview: Marcel Hänggi